Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 6. **Sonntag** den 4. Januar 1903. **97. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Das sentimentale Mitgefühl, das sich hie und da im Volke für die entflohene **Kronprinzessin von Sachsen** regte, ist infolge der eigenen Geständnisse der Flüchtigen mehr und mehr geschwunden und hat einem tiefen Mitempfinden für alle Mitglieder des Königlichen Hauses Platz gemacht, die zu allem Schmerze noch erdulden müssen, ihren sittlichen Ernst und ihr strenges Pflichtbewußtsein von der Pflichtvergessenen als unerträgliche Ursache der Flucht bezeichnet zu sehen. Am tiefsten und wärmsten aber äußert sich dieses Mitempfinden Sachsens greisem **König** gegenüber, auf dessen Befinden, das schon durch den Tod seines geliebten Bruders und Vorgängers nachteilig beeinflußt war, der neue Schlag um so erschütternder einwirken mußte, je ernstere Entschließungen er zur Abwendung noch schlimmerer Folgen für das Königliche Haus und das sächsische Volk erforderte. König Georgs hohes Pflichtbewußtsein konnte sich in hellerem Lichte nicht zeigen, als durch die unermüdliche Sorge und Treue, mit der der schwer leidende Monarch persönlich alle die Schritte leitete, die durch das erschütternde Ereignis notwendig wurden. Um so heißer ist daher der Wunsch seines treuen Volkes nicht nur, sondern aller guten Deutschen, mit ihren Fürsten an der Spitze, daß es der Kunst der Aerzte bald gelingen möge, dem hohen Kranken die physische Kraft wiederzugeben, die ihn befähigt, auch das Seelenleiden zu überwinden, das verzehrend an ihm nagt.

Aus **China** hat uns der Jahresanfang eine Nachricht gebracht, die hoffentlich nicht vorbildlich ist für das, was wir im neuen Jahre aus dem Reiche der Mitte zu erwarten haben: wir meinen die Weigerung Chinas, die Entschädigung an die Mächte gemäß dem abgeschlossenen Protokoll **auf der Goldbasis zu zahlen.** Ganz unvorbereitet trifft uns diese Kunde nicht, da schon vor längerer Zeit Meldungen vorlagen, die darauf hindeuteten, daß China sich im Punkte der Entschädigung vertragswidrige Erleichterungen würde verschaffen wollen. Wenn jetzt die chinesischen Machthaber bestimmte Entschlüsse gefaßt haben, so kann man in diesen wohl mit Recht den Versuch erblicken, die scheinbare Gunst der Zeitumstände auszunützen. Die Haltung der **Vereinigten Staaten von Amerika** ist es hauptsächlich, die China zu seinem Vorgehen ermuntert. Die Union trennt sich in dieser Geldfrage wieder einmal von den übrigen Mächten, indem sie sich dabei lediglich von der Erwägung leiten läßt, ob das Vorgehen Chinas mit ihren eigenen Interessen vereinbar sei. Ausschlaggebend muß aber die Frage bleiben, ob das Abweichen von dem bisherigen Zahlungsmodus mit den im Interesse der Mächte abgeschlossenen Verträgen vereinbar erscheint. Die Antwort hierauf kann nicht zweifelhaft sein; und es ist darum dringend zu wünschen, daß trotz des amerikanischen Entgegenkommens gegenüber China die Gesamtheit der übrigen Mächte einig genug bleibt, um China zur strikten Innehaltung der von ihm vertragsmäßig übernommenen Pflichten anzuhalten. Für die Politik der Vereinigten Staaten wird es mehr und mehr charakteristisch, daß sie zum Rückhalt aller derjenigen außereuropäischen Mächte sich gestaltet, die zu europäischen Staaten im Gegensatze stehen. Auch die übermütige Widerhaarigkeit **Castros** gegen die verbündeten Mächte beruht ja in der Hauptsache auf der Unterstützung, die er sich von amerikanischer Seite, und sei es nur von der gelben Presse, verspricht. Je häufiger solche Fälle werden und je peinlicher sie von den europäischen Staaten empfunden werden müssen, um so mehr sollte in Europa das Bewußtsein der Solidarität gegenüber dem amerikanischen Riesenreiche sich geltend machen. Aber vor Vertrauensseligkeit in dieser Beziehung muß man sich hüten, da sicherlich noch sehr viel Wasser ins Meer fließt, ehe diese europäische Solidarität in der praktischen Politik von nennenswertem Einfluß ist — wenn es überhaupt jemals dazu kommt!

Einer Vertrauensseligkeit auf dem Gebiete der inneren Politik arbeitet das Organ des Abgeordneten Eugen Richter mit anerkennenswerter Deutlichkeit entgegen. Wohl mancher, der die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen **Freisinn und Sozialdemokratie** anläßlich der Obstruktion im Reichstage verfolgte, ist einen Augenblick zu dem Glauben gelangt, daß dieser Streit bei den bevorstehenden **Reichstagswahlen** beträchtliche Wirkungen werde zu äußern vermögen. Da ist es denn bezeichnend, wenn die „Freisinnige Ztg." an die Mitteilung von einer **nationalliberalen Reichstagskandidatur in Zittau** die Bemerkung knüpft: unter solchen Umständen werde Zittau im Reichstage sozialdemokratisch vertreten bleiben. Also macht das Organ des Abgeordneten Richter von vornherein Stimmung dagegen, daß die Zittauer Freisinnigen in der Stichwahl mit voller Kraft den nationalliberalen Bewerber unterstützen! Die darin enthaltene Zumutung an die Nationalliberalen, auf eine Kandidatur im Zittauer Wahlkreise zu verzichten, muß angesichts der seit einem Jahrzehnt für den Zittauer Kreis vorliegenden Wahlstatistik eine starke genannt werden. Denn seit den allgemeinen Wahlen von 1893 stehen die Nationalliberalen mit 7655, bezw. 5815 Stimmen an der Spitze der dortigen bürgerlichen Parteien.

Die **Polenpolitik** der preußischen Regierung hat ein Berliner Sensationsblatt, unter offenbarer Berücksichtigung des Kalenders, durch einen Sylvesterscherz zu beleben gesucht, indem es die Mär verbreitete, daß ein „**Ministerium für Posen und Westpreußen**" errichtet werden solle. Es wäre sehr bedauerlich gewesen, wenn die leitenden Persönlichkeiten wirklich auf einen derartigen Gedanken verfallen wären. Je mehr Bureaukratismus für die Ostmarken in Frage kommt, um so schwieriger ist die Durchführung einer unbeirrbar zielbewußten und zugleich einheitlichen Polenpolitik der preußischen Staatsregierung; vollkommen genügende Organe der letzteren in der höchsten Instanz sind die Oberpräsidenten, vorausgesetzt, daß sie aus dem Holze eines Goßler und nicht aus dem eines Wilamowitz-Möllendorff geschnitzt sind. Bemerkenswerter Weise hat der **Klerikalismus** Morgenluft gewittert, als der angebliche Plan der Errichtung eines Ostmarkenministeriums ruchbar wurde. Das Polenblatt am Rheine hielt den Gedanken „gar nicht für so übel", weil sich damit eine schöne Gelegenheit biete, „ohne Zagen und falschen Stolz alle die erkannten(!) Fehler wieder gut zu machen und eine **ganz neue Polenpolitik** einzuschlagen". — Unter dem **Ministerium Bülow**?! Wer diesem dergleichen ernsthaft zumutet, scheint es nach dem Rezept „avilir et abolir démolir" behandeln zu wollen.

Eine recht sonderbare Mischung enthält das Rezept, nach dem der **Bund der Landwirte** die **Konservativen** behandelt. Die bundesamtliche Presse führt über den Verrat **an den Bauern und über die Rache der Bauern bei den Wahlen** eine Sprache, daß selbst die „Kreuzzeitung" nicht umhin kann, sie „demagogisch" zu nennen. Die gleichen Töne schlägt Herr Dr. Hahn in öffentlicher Versammlung zu Braunschweig an und wird darob von der „Konservativen Korrespondenz" gerüffelt; in Prigwalk aber erklärt derselbe Dr. Hahn es für ausgeschlossen, daß es zu Kämpfen zwischen den Konservativen und dem Bunde der Landwirte kommen könne! Wird die Komödie dieses „Kampfes" nicht wenigstens vor Fastnacht zu Ende gespielt sein?

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 3. Januar. Die **Haftung der Beamten für unrichtige Auskunftserteilung** hat das **Reichsgericht** kürzlich in einem bemerkenswerten Erkenntnis für rechtens erklärt. Zollbeamte hatten, ohne dazu verpflichtet zu sein, eine Auskunft erteilt, die aber unrichtig war und dem Empfänger Schaden zufügte. Das Reichsgericht entschied, daß die Beamten persönlich für diesen Schaden aufzukommen hätten, indem es, der „Köln. Ztg." zufolge, ausführte:

Allerdings setze der § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches ein amtliches Handeln — Tun oder Unterlassen — des Beamten voraus; eine Handlung, die derselbe nicht in Ausübung seiner amtlichen Funktionen, lediglich als Privatperson, vornehme oder die ihrer Natur nach gar nicht in den Bereich seines Amtskreises falle, sei keine Amtshandlung. Aber im gegenwärtigen Falle liege eine Amtshandlung zweifellos vor. Die Auskunft sei erteilt von dem „Hauptzollamt", also von der Behörde, bei der sie auch der Kläger erbeten hatte. Die von dem Beamten unter amtlicher Autorität erlassene Kundgebung begründe dessen Verantwortlichkeit gegenüber der Dienstbehörde und auch gegenüber dem beteiligten Dritten. Das staatliche Interesse und der öffentliche Dienst verlangten, daß nicht ein unrichtiger Bescheid amtlich erteilt werde, und dem um Auskunft ersuchenden Privaten gegenüber — im Sinne des § 839 dem Dritten gegenüber — sei der Beamte verpflichtet, zwar nicht dazu, Antwort zu geben, aber wenn er solche als amtliche Auskunft gebe, ihn richtig zu bescheiden. Eine Amtspflicht, die Anfrage zu beantworten und darauf Auskunft zu erteilen, habe nicht bestanden. Daraus ergebe sich aber nicht auch, daß es jener Behörde und dem Beklagten untersagt gewesen sei, die erbetene amtliche Auskunft zu erteilen; es sei auch undenkbar, daß es den preußischen Zollbehörden verboten sein sollte, die an sie von Interessenten in Zollsachen gerichteten Anfragen zu beantworten.

+ **Berlin**, 3. Januar. (**Ein freisinniges Urteil über die österreichischen Zollerhöhungen.**) Bekanntlich sind es vornehmlich die freihändlerischen Kreise des Freisinns, welche die Auffassung vertreten, daß es ganz verkehrt gedacht sei, den **neuen deutschen Zolltarif** mit seinen erhöhten Schutzzöllen als einen Vorteil für die deutsche Produktion zu betrachten. Wie wenig dieselben Kreise bei diesem Urteil beharren, wenn das **Ausland** in Frage kommt, geht aus einer Wiener Meldung der „Vossischen Zeitung" auf das klarste hervor. Denn darin wird betreffs des endlich abgeschlossenen Ausgleiches unter anderem gesagt: „Bei dem . . . Ausgleich hat Oesterreich rücksichtlich des Zolltarifs erreicht, daß er nach Aufbau und Inhalt eine **brauchbare Unterlage für Handelsvertrags-Verhandlungen** wird. . . . Für mehrere wichtige Industriezweige ist eine erhebliche **Erhöhung der Zölle beschlossen, bei denen die österreichische Industrie leben kann.**" — Hier wird also die Wirkung der Schutzzölle einer allgemeinen Würdigung unterzogen, die prinzipiell das Gegenteil von dem ist, was man auf freisinniger Seite vorzubringen pflegt, sobald deutsche Zollvorlagen zur Erörterung stehen. Und auch im besonderen wird dem neuen österreichischen Tarif mit seinen erhöhten Zollsätzen die Eigenschaft einer brauchbaren Unterlage für Handelsvertrags-Verhandlungen ebenso vorbehaltlos zuerkannt, wie sie dem deutschen Tarif bestritten wird!

△ **Berlin**, 3. Januar. (**Der Dank der Sozialdemokratie an ihre Helfer.**) Der „Vorwärts" rüstet für das Wahljahr durch die pöbelhafteste Beschimpfung der gesamten bürgerlichen Presse. In einem seiner letzten Leitartikel, überschrieben: „Das Wahljahr", ruft er aus: „Hinaus mit dem letzten bürgerlichen Blatt aus proletarischen Händen!" Und wie charakterisiert er gerade diejenige bürgerliche Presse, die es sich hat angelegen sein lassen, die Sozialdemokratie als den linken Flügel für eine große liberale Partei zu gewinnen!

„Es gibt keine unabhängige bürgerliche Presse", schreibt der „Vorwärts" — „es gibt keinen Mut der Wahrheit in der von der Bourgeoisie gedungenen Presse. Es gibt auch keine Vernunft mehr, es sei denn die Gerissenheit in der Wahrung ihrer Geschäftsinteressen. Ein elender, feiger Byzantinismus lastet auf unseren öffentlichen Verhältnissen. Die „Mitter vom Geiste" sind in Wirklichkeit Lakeien der kapitalistischen Herrschaften. Sie verkaufen sich an die Regierung, an die Interessengruppen des Besitzes, oft an den Profitsinn eines einzelnen Zeitungsspekulanten. Die bürgerlichen Blätter sind Beutschätten geistiger und sittlicher Verwahrlosung. Kein Funken heiligen Feuers lebt in ihnen, keine Tapferkeit und Ehrlichkeit. Ihre politischen Auslassungen sind schlimmer als bezahlte Inserate, weil ihrer Verlogenheit nicht einmal ein Gesetz wider den unlauteren Wettbewerb Einhalt gebietet."

Wir empfehlen die Lektüre dieses und anderer Leitartikel des offiziellen Organs der Sozialdemokratie den Herren Mommsen, v. Liszt und Theodor Barth. Statt Anerkennung für die kräftige Unterstützung des Führers der Obstruktion, des Herrn Paul Singer, erntet man eitel Beschimpfung. Das Liebeswerben um die Genossen, die Beschwörung, sich als linker Flügel einzureihen — — alles ist umsonst! Für die Sozialdemokratie sind die bürgerlichen Blätter ohne Ausnahme Beutschätten geistiger und sittlicher Verwahrlosung! Ganz besonders richtet sich jetzt jedoch die Wut des „Vorwärts" gegen die demokratische „**Frankfurter Zeitung**", die endlich auch einmal gegen die Sozialdemokratie anläßlich des Falles Krupp scharfen Protest erhob. Dafür erhält sie folgende Quittung vom „Vorwärts":

„Kaum ein Blatt hat sich in der Krupp-Affäre schamloser benommen, als die „Frankfurter Zeitung", das demokratische „Weltblatt", das im Augenblick der wüstesten Scharfmacherhetze uns aus dem Hinterhalt anfiel und mit gröblichsten unpolitischen Korrespondenzen gegen uns losging. Die „Frankfurter Zeitung" freilich wußte aus eigener Anschauung sehr genau, wie man erlogene Skandalgeschichten in die Welt setzt; sie war es ja selbst, die vor Jahr und Tag eine Stuttgarter Offiziersaffäre (§ 175) veröffentlichte, an der kein Wort wahr gewesen."

Und mit kühnem Gedankensprunge bringt der „Vorwärts" dann die Krupp-Angelegenheit mit dem Zolltarif (!) in Verbindung und weist auf die „Frankfurter Zeitung" als Hebamme des Zolltarifs hin:

„Da sich an der Scharfmacherhetze die „Frankfurter Zeitung" ganz hervorragend und besonders perfid beteiligt hat, verdanken wir es also wohl in erster Linie dem Wirken des demokratischen Weltblattes, daß der Tarif zu Stande gekommen ist."

Die „Frankfurter Zeitung" wird vielleicht ein wenig von ihrer Zuneigung zur Sozialdemokratie geheilt werden, da sie sich jetzt von dieser beschuldigt sieht, sie, die stets den Zolltarif bekämpfte, sei in erster Linie für dessen Zustandekommen verantwortlich zu machen!

⊙ **Berlin**, 3. Januar. (Telegramm.) Der **Kaiser** empfing gestern vormittag noch den General-Stabsarzt Dr. von Leuthold. Nachmittags um drei Uhr besuchten der Kaiser und die Kaiserin das alte Museum, um Neuanschaffungen zu besichtigen. Gestern abend empfing der Kaiser Professor Gößfeld zur Ueberreichung seines letzten wissenschaftlichen Werkes. Nach dem Diner für die kommandierenden Generale blieb der Kaiser im Apollosaal mit seinen Gästen vereint. Gestern Abend fand bei der Kaiserin eine Tanzfestlichkeit im Pfeilersaal statt. — Heute morgen unternahm der Kaiser einen Spaziergang durch den Tiergarten und sprach nachher beim **Reichskanzler** vor. Um 10 Uhr hörte der Kaiser im Königl. Schlosse den Vortrag des Chefs des Marinekabinets. Vor der Mittagstafel empfing der Kaiser den Oberstleutnant Freiherrn von Ende, um von ihm die Orden seines verstorbenen Schwagers, des Wirklichen Geheimen Rats **Krupp** entgegenzunehmen. Zur Mittagstafel bei dem Kaiserpaar sind geladen: der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Generalmajor von Schwartzkoppen, russischer Botschaftsrat von der Osten und Gemahlin und Legationsrat Graf von Bernstorff und Gemahlin.

⊙ **Berlin**, 3. Januar. (Telegramm.) Die „National-Zeitung" meldet: Der angekündigten **Reise des Kronprinzen** nach Petersburg wird im Frühjahr eine **Seereise im Mittelländischen Meere** folgen, bei welcher der Kronprinz **Rom und andere Hauptstädte** besuchen wird. Der Besuch in Rom wird, wie die „National-Zeitung" erfährt, **nicht** mit demjenigen des **Kaiserpaares** zusammenfallen.

⊙ **Berlin**, 3. Januar. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Der in Nr. 303 unseres Blattes wiedergegebene Artikel der Berliner Korrespondenz vom 27. Dezember, betr. die **Beschwerden aus dem Reichstage über die Justizbehörden**, ist in der Presse mehrfach bemängelt worden, weil er die schlimmsten in der Reichstagssitzung vom 22. November erörterten Vorkommnisse unerörtert lasse." Das Blatt bemerkt dazu, daß sich der fragliche Artikel lediglich mit den gegen die **preußischen** Justizbehörden erhobenen Vorwürfen beschäftige und die Mißgriffe der **Polizeibehörden** nicht in Betracht ziehe. Der „Vorwärts" hatte die Feststellung des Artikels, daß die Vollstreckung der Strafhaft des Redakteurs Morawski durch Anordnung der Untersuchungshaft unterbrochen sei, weil die Annahme gerechtfertigt erschien, die Strafhaft solle mißbraucht werden, um die Ueberwachung der Korrespondenz mit dem Verhafteten zu vereiteln, als eine aus der Luft gegriffene denunziatorische Verdächtigung bezeichnet. Der Genosse Heine habe die Verteidigung erst nach Unterbrechung der Strafhaft übernommen. Dazu sagt das Blatt: Letztere Tatsache ist richtig und der „Vorwärts" konnte daraus sehen, daß sich der Artikel nicht gegen den **Rechtsanwalt Heine**, sondern gegen den **Abgeordneten** Heine richtete. Dagegen wurde der Untersuchungsrichter in Beuthen zu jener Anordnung veranlaßt durch ein Schreiben eines anderen Anwaltes, welcher bat, ihm zu bestätigen, daß zwecks des Wiederaufnahmeverfahrens für Morawski die Correspondenz zwischen ihm und Morawski keinerlei Kontrolle durch die Staatsanwaltschaft, die Gefängnisbehörde oder sonstige Instanz unterliege. Mit Rücksicht auf die Persönlichkeit Morawski's und in kannexen Untersuchungen unternommene Verdunkelungsversuche besorgte der Untersuchungsrichter, daß ein unkontrollierbarer Verkehr Morawskis mit dem damaligen Verteidiger die Ermittelungen in der schwebenden Untersuchung erschweren könne und ordnete an, daß Morawski so lange als Untersuchungsgefangener behandelt werde. Das Blatt bemerkt schließlich, daß das von dem vorerwähnten Rechtsanwalt angekündigte Wiederaufnahmeverfahren nicht weiter verfolgt sei.

— Eine **Afrika-Reise** tritt in diesen Tagen von Hamburg aus auf einem Woermann-Dampfer der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft **Herzog Johann Albrecht** zu Mecklenburg nebst Gemahlin in Begleitung des Chefs der Woermann-Linie und bisherigen Präsidenten der Hamburger Handelskammer, Herrn Adolf Woermann an. Herr Woermann hat mit Rücksicht auf seine mehrmonatige Abwesenheit einstweilen sein Amt als Vorsitzender der Handelskammer Hamburg niedergelegt, nachdem er am Jahresschluß noch seinen Bericht für 1902 erstattet hat. Die Reise ist in der Hauptsache nach Madeira, Togo und Kamerun gerichtet. (Nat.-Ztg.)

— Leutnant v. **Scheliha** im Leib-Kürassier-Regiment Nr. 1 in Breslau ist auf ein Jahr zur Botschaft in Konstantinopel kommandiert worden.

— Zum Legationssekretär bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin ist der Kammerjunker Freiherr v. **Würtzburg** ernannt worden, der bisher als Attaché der bayerischen Gesandtschaft in Wien zugeteilt war. Der junge Diplomat ist der einzige Sohn des erblichen Reichsrates, Oberst à la suite Freiherr v. Würtzburg.

B. **Bremen**, 3. Januar. (Privattelegramm.) Der Staatssekretär Graf **Posadowsky** und Bürgermeister Pauli-Bremen haben das **Ehrenpräsidium** des vom 14. bis 19. April hier tagenden internationalen **Antialkohol-Kongresses** übernommen.

* In **Meppen** wurde eine Vertrauensmännerversammlung der **Zentrumspartei** im dritten hannoverschen Reichstagswahlkreise abgehalten. Bei der Aufstellung eines Kandidaten für die Reichstagsersatzwahl wurden nach der „Köln. Volks-Ztg." 51 Stimmen für den Landgerichtsrat von Hagen (Hannover) und 165 Stimmen für den Amtsgerichtsrat Engelen (einem Neffen Windthorsts) in Osnabrück abgegeben.

* **Hamm i. W.**, 2. Januar. Die Einweihung des **Denkmals**, das die Bürgerschaft dem früheren **Kultusminister Falk** setzt, erfolgt Ostern 1904. (Voss. Ztg.)

+ **Altenburg**, 3. Januar. Der Direktor des Landeskranken- und Landesirrenhauses Dr. med. **Rüpenadel** ist nach dem Ablehen des Geh. Medizinalrats Dr. Fremmelt als sachverständiger Beirat in Medizinalangelegenheiten in das Ministerium berufen worden.

* **Kattowitz**, 2. Januar. An dem russischen Grenzübergange bei Modrzejow, gegenüber von Myslowitz, ist nach der „Schles. Ztg." eine **Grenzerleichterung** zu erwarten, die hier allseits mit großer Freude begrüßt werden wird. Bisher mußten die vielen Tausende deutscher Einwohner, wenn sie die Einkäufe an Fleisch, Brot, Mehl im russischen Grenzdorfe billig sich besorgen wollten, im Besitz eines 28 Tage gültigen Legitimationsscheines, eines sogenannten Halbpasses, sein. Jetzt werden russischerseits die Verkaufsbuden zu beiden Seiten der Uebergangsbrücke und **vor** der russischen Zollkammer untergebracht, wodurch der Gebrauch der Legitimationsscheine fast ganz aufhören dürfte. Bedenkt man, daß die russische Grenze bei Modrzejow im Laufe des Jahres bisher von etwa 300 000 Personen passiert worden ist, so wird man ermessen können, welche Erleichterungen für die in Frage kommenden Behörden eintreten werden.

* **Karlsruhe**, 2. Januar. Von zuverlässiger Seite erfahren die „Münch. N. N.", daß in Beamtenkreisen in bestimmter Weise das Gerücht verbreitet sei, ein von allen Ministern unterzeichneter Antrag auf Zulassung von Klöstern liege zur Zeit dem Großherzog vor.

* **Aus Bayern.** Zur **Naturgeschichte des Ultramontanismus** schreiben die „Münch. Neuest. Nachr.": „Man hat auch in der letzten Zeit es wiederholt versucht, die Person des **Prinzen Ludwig** in diesen Kampf hereinzuziehen. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, von welch demoralisierender und schädigender Wirkung für den monarchischen Gedanken in Bayern das stete Ausspielen des Prinzen Ludwig gegen seinen Vater ist, und wir glauben, zu wissen, daß der Prinz selbst vollständig darüber klar ist, zu welch unlauterem Zweck dies geschieht. Erst neulich hat ein anderes klerikales Blatt wiederum einen derartigen Versuch gemacht und mit deutlichem Hinweis auf die „chinesische Mauer" erwähnt, daß Prinz Ludwig einst bei einem Festmahl der Offiziere des Beurlaubtenstandes betont habe, ein Regent könne in der Wahl seiner Umgebung nicht vorsichtig genug sein. Diese Aeußerung des Prinzen Ludwig, die natürlich vollständig richtig und zutreffend ist, wurde von dem Blatte in einer Weise kommentiert, an die der Prinz Ludwig absolut nicht gedacht haben kann, am allerwenigsten in dem Kreis, in welchem er gesprochen hatte. Aber die Citierung dieser Aeußerung mit deutlichem Hinweis auf die allerhöchste Person zeigt, wie skrupellos man im ultramontanen Lager vorgeht. Der Ultramontanismus beweist eben immer wieder aufs neue, daß er keine Partei ist, die jemals re-

SLUB
Wir führen Wissen.